

INFO der LK NR 1



13.5.78

Bericht von der zentralen Konferenz zu den 'Großden Prozessen'
in Hannover am 7.5.78

Anwesend waren: Salzgitter, beide Fraktionen aus Hamburg, Köln, Mainz-Wiesbaden, Hildesheim, Hannover, Koblenz, Frankfurt (Beobachter) Darmstadt, Duisburg, Münster, Bochum, Dortmund, Bremerhaven, Bielefeld, Nienburg, Zeven, Stade, Göttingen, Langen, Dorfförden, Westen, Celle, Kassel, Marburg, Giesen, Hameln und Wunsdorf, Düsseldorf, Osnabrück und Siegen, einer vom Kaiserstuhl, Bremen (BBA)

Dies soll kein Protokoll der Konferenz sein, sondern wichtige Diskussionen widerspiegeln, insbesondere sollen die Kontroversen und Mehrheitsergebnisse gebracht werden. Ebenso sollen die Beschlüsse und Ergebnisse dargestellt werden. Auf den z. T. hektischen Verlauf der Diskussion will ich nicht weitere eingehen.

1. Stand der Prozesse

Seit einiger Zeit laufen die Prozesse, dies bedeutete für die Hannoveraner und Umgebung harte Arbeit. Bisher hat es bei den Prozessen über 80 Prozeßtage gegeben, die alle betreut sein wollten. Darunter fallen: Vorbereitung der Prozesse, da die Prozesse als politische Prozesse geführt wurden, nicht wohlverhalten, sondern Verteidigung unseres Widerstandes (ohne zum konkreten Vorwurf der Anklage Stellung zu nehmen) Gutachter organisieren zur Gefährlichkeit der AKWs, Entlastungszeugen herbeiführen, Das heißt aber auch zu den Prozessen mobilisieren, die Öffentlichkeit herstellen, Prozessberichte verfassen und rundschießen. Noch ist aber nicht einmal die Hälfte der Prozesse gelaufen. Bisher hat sich das Gericht widerholt in dem Sinne geäußert, daß die Angeklagten sich von den Gewalttätigen Auseinandersetzungen distanzieren sollen, dies würde sich erheblich auf das Strafmaß auswirken ... Diese mehr oder minder deutlichen Akte der Bestechung und der Aufforderung den Widerstand zu verraten, haben die Angeklagten von sich gewiesen und sind damit der ANTI-AKW-Bewegung nicht in den Rücken gefallen. So begründete der Richter das Urteil bei Andreas ausdrücklich mit dem Hinweis, er hätte sich nicht distanziert. (Zum ersten Prozeß lest bitte den Prozeßbericht)

Bisherige Urteile: "22 Monate ohne Bewährung" (davon 10 Monate von früher)

gegen Jerry

"12 Monate ohne Bewährung" gegen Andreas

11 Monate ohne Bewährung" gegen Christian

als nächstes ist Rüdiger 'dran', dort meint der Staatsanwalt, daß die Standpunkte verhärtet seien, und verhindert werden müsse, daß er weitere Straftaten begeht.

Danach beginnt dann die 2. Prozeßwelle am 18.5. Dabei werden dann zug um Zug die restlichen 6 Angeklagten vor Gericht gezerrt. Bisher sieht es aber so aus, daß dann nicht mehrere Prozesse gleichzeitig geführt werden sollen, sondern für den ersten Angeklagten hintereinander 4 Prozeßtage angesetzt sind, was darauf hindeutet, daß einer nach dem anderen abgeurteilt werden soll.

Bisher haben sich bei diesen Prozessen nur sehr wenige von Auserhalb beteiligt, und für Öffentlichkeit gesorgt. Hier wäre eine Möglichkeit - in Absprache mit den Hannoveranern - von den verschiedenen Städten aus, Prozeßbesuche zu organisieren, vielleicht gerade mit solchen Menschen, die noch nicht so recht glauben, wie heute bei uns Recht gesprochen wird !

2. Die Diskussion auf der Konferenz und ihre Ergebnisse

Zu Beginn haben alle BIs die Ergebnisse der Diskussion in den BIs kurz dargestellt, Insbesondere wie sie zu einer Großaktion in Hanover oder anderswo stehen. Welche Vorschläge sie unterbreiten und was man jetzt verstärkt gegen die Prozesse unternehmen kann. Die Ergebnisse der Konferenz 2 Wochen vorher hatten ja zum Ziel ein Großdemo bereits zum 20.5. durchzuführen, bzw. alternativ dazu einen Kongreß als Meinungsaustausch zu organisieren. Bis auf 1 oder 2 BIs wurde dieser frühe Termin von allen BIs verworfen, weil es nicht möglich ist, in so kurzer Zeit eine breite Demonstration gegen diese Angriffe zustande zu bekommen. Da von der Mehrheit der Wahltag in Hamburg und Niedersachsen berücksichtigt wurde, wurde nun als neuer Termin der 10. 6. vorgeschlagen; als Alternative stand eine Demonstration in Hannover oder an einem Bauplatz. Insbesondere weil von vielen auch eingeräumt wurde, daß wir verstärkt jetzt gegen die WAA in Grolben was unternehmen müssen. Zum anderen gaben einige Grohnde als den Ort des Geschehens als Demonstrationsziel an.

Als Alternative wurde zu Beginn genannt: Durchführung eines Kongresses, weil Demonstrationen nichts bringen und wir mal diskutieren müssen wie es weitergeht. Dieser Kongreß soll u.U. auch nicht in Hannover stattfinden, weil insbesondere die Hanoveraner Kornstarße nichts weiteres mehr bringen kann, da sie mit den Prozessen voll ausgebucht sind. Berücksichtigt werden muß, daß fast alle Hanoveraner eine Demo in Hannover nur dann befürworten, wenn in der gesamten Vorbereitung starke Unterstützung von außerhalb kommt. Dies gilt sowohl in politischer als auch insbesondere in organisatorischer Hinsicht.

Von Anfang an wurde auch Wert darauf gelegt, daß wir nicht an den Aktionsformen uns auseinanderdividieren lassen dürfen, sondern die Frage beantworten müssen, ob und was wir gegen die Kriminalisierung der Bewegung unternehmen. Im Zentrum stand deshalb was ist sinnvoll für den weiteren Widerstand. Dabei sprachen sich die meisten dafür aus, sowohl eine Demonstration, als auch einen Kongreß am selben Wochenende zu organisieren, da ein breiter organisierter Erfahrungsaustausch seit langem nicht mehr stattgefunden hat ist dies bestimmt eine Möglichkeit diesen in breiterem Umfang in Gang zu bringen. Anerkannt wurde von allen, daß sich für uns gegenwärtig viele Probleme des weiteren Widerstandes stellen. Dabei wurde von einigen davon gesprochen, daß sich eine "zweite" ANTI-AKW-Bewegung entwickelt hat, die Vorwiegend in Gewerkschaften, Schulgremien etc besteht, und wo versucht werden muß, diese beiden "Bewegungen" miteinander zu verbinden. Abgelehnt wurde ein Kongreß als "TU-NIX", wo von mehreren betont wurde, daß es sich um eine folgenlose Nabelschau gehandelt hat, die kein praktisches Problem gelöst hat. Wenn solche Massen zusammengezogen werden, dann genügt es nicht sich mal in einem Ausheulen zu ergen oder so ... Aus diesen Gründen lehnte die BI Bielefeld als einzige einen Kongreß überhaupt ab. Die meisten waren aber der Meinung, daß es möglich ist, den Kongreß so vorzubereiten, daß er auch etwas bringt. Das Ziel muß dabei sein, daß vor allem die aktiven AKW-Gegner ihre Erfahrungen austauschen, denn tatsächlich liegt ja viel an, um die bestehenden Überlegungen gemeinsam zu beraten.

Für die Demonstration gab es vor allem die Diskussion sollen wir an einem Bauplatz demonstrieren oder in Hanover und was soll dabei der Schwerpunkt sein. Wodurch zeigen wir unseren Widerstand am deutlichsten, am erfolgreichsten, denn mit der Kriminalisierung wollen sie die Bewegung langfristig zermürben oder kaputt machen. Wenn wir an einem Bauplatz demonstrieren, zeigen wir, daß wir uns nicht unterkriegen lassen und unseren Widerstand weiterführen, zum anderen sage ja der Richter bei einem Angeklagten, der muß u.a. verurteilt werden, damit er in Grolben nicht dabei sein kann. Dies war die Position der Minderheit vor allem zu Beginn, am Ende war bis auf wenige Ausnahmen folgendes Bild: Mit einer Demonstration in Hannover stellen wir uns direkt hinter die Angeklagten, Sie sind stellvertretend für uns alle angeklagt und wir müssen sie gemeinsam verteidigen. Wir müssen auch sehen, daß die Regierung und Betreiber damit weitere Menschen einschüchtern wollen, um zu verhindern, daß noch mehr sich aktiv am Widerstand

beteiligen. Dabei muß klar sein, daß wir jeden Verteidigen und nicht allein lassen.

Im weiteren wurde hervorgehoben, daß wir enorme Kräfte mobilisieren müssen um dem weiteren Angriff auf demokratische Rechte mehr entgegen zu stellen. "Wir müssen uns die Luft zum atmen erhalten" denn der Bewegung diese Luft fehlt, dann werden die Schwierigkeiten noch größer.

Besonders wurde noch darauf verwiesen, daß diese Angriffe weit über die ANTI-AKW-Bewegung hinaus von Wichtigkeit sind. Insbesondere hat mit der Verabschiedung des Razzigesetzes eine massive Einschränkung der demokratischen Rechte stattgefunden die wir nicht so einfach hinnehmen wollen. Von Seiten des Staates wird gegenwärtig versucht jede selbständige Bewegung des Widerstandes zu zerschlagen. Denn was sie fürchten ist, wenn sich immer mehr für ihre Lebensinteressen selbständig einsetzen und damit sich nicht mehr länger 'parlamentarisch' verwalten lassen, daß es dann um ihre Atompolitik und ihre Unterdrückung schlecht bestellt ist.

Dabei wurde am Beispiel der Bremer BBA gezeigt, daß es möglich ist weitere Kräfte aus der demokratischen Bewegung zu mobilisieren; In Bremen führte die WAA mit verschiedenen Komitees eine gemeinsame Demonstration durch anläßlich des Prozesses gegen Linda. Dies war mit 2 000 Teilnehmern die größte in Bremen selbständig organisierte Demo, die größte wegen Brockdorf hatte 1 500, vor Kurzem hatten sie erneut eine Demo mit 1500 Leuten, der wegen den Grohnde Prozessen und der Beugehaft des AKW-Gegner Sojka, der am nächsten Tag freigelassen wurde. Die Gründe darf jeder raten ... ?

So wurde abschließend vorgeschlagen, diese Demonstration gemeinsam mit Aktionseinheit (örtlich) vorzubereiten um einen starken politischen Druck auszuüben um verstärkt in die laufenden Prozesse einzugreifen und auch um Stärke zu zeigen bei den anstehenden Revisionsverfahren.

An weiteren Aktionen wurden vorgeschlagen Selbstanzeigen durchzuführen, oder auch Anzeigen in den verschiedenen Zeitungen von möglichst vielen Persönlichkeiten unterzeichnet zu veröffentlichen.

Des weiteren soll versucht werden, die Grohnde-Prozesse noch vor dem Russeltribunal zu bringen.

Für die Vorbereitung der Demo sollen auch örtlich in Aktionseinheiten Veranstaltungen mit Angeklagten durchgeführt werden, diese sollen mit den Hanoveranern abgesprochen werden, eventuell kann für NRW eine entsprechende Rundreise organisiert werden.

Abschließende Beschlüsse:

Demonstration, am 10.6. in Hannover, mit dem Schwerpunkt "Grohnde-Prozesse" es soll aber auch ein Beitrag zu Grolben gehalten werden.

Kongreß: Beginn 9.6. bis 12. 6. Schwerpunkt nach der Demo am Sa und So. Mit den Themen: "Kriminalisierung und Grohnde-Prozesse"

"Atomenergieprogramm und WAA in Grolben"

"AKWs und Gewerkschaften"

"Stand der Bewegung und Aktionsformen"

Dazu werden von verschiedenen Gruppen Materialien ausgearbeitet, die dann noch rechtzeitig verschickt werden sollen. Bei Interesse /bitte melden.

Alles nähere wird in weiteren LK-Infos bekannt gemacht. Um dies alles sicher sicher zu stellen wird es in Hannover verschiedene Treffen geben, zu denen alle interessierten eingeladen sind.

Als fast alles abgeschlossen war, kam eine Gruppe von etwa 10 Leuten noch einmal in den Raum, die außerhalb getagt hatten und unterbreiteten den Vorschlag, den Kongreß erst 3-4 Wochen später zu machen, was aber allgemein da dann nicht mehr angenommen wurde.

nelle sind nur verbleibend haben wir ein paar mal den Bedarf gemeldet.
Zu dem Treffen waren auch 2 Angeklagte der Bonner "Thieu"Prozesse gekommen, die gegenwärtig unter Anklage von schwerem Landfriedensbruch etc stehen. Es wird ihnen vorgeworfen, vor 5 Jahren an der Besetzung des Bonner Rathauses teilgenommen zu haben, bzw. sich als Rädelsführer betätigt zu haben. Sie wiesen darauf hin, daß ihre Prozesse mehrere Jahre geruht haben, und offensichtlich erst auf betreiben der CDU-Fraktion im Landtag NRW wieder in Gang gekommen sind. Die CDU hat einige Tage nach der großen Demo in Kalkar eine Anfrage gestellt, in der es hieß: Mit der Bonner Rathaus - besetzung im April 73 sei der Grundstein gelegt worden für solche gewalttätigen Aktionen wie sie mit den Kernkraft- demonstationen weitergeführt werden. Dies und auch eine ganze Reihe anderer verbindender Punkte wie des Vorwurfs des Landfriedensbruchs, der Tatsache, das in Beiden Fällen eine breite Massenbewegung Kriminalisiert werden soll, wenn auch mit sehr unterschiedlichem Ziel zeigt die notwendigkeit verstärkt mit einander die Solidarität zu praktizieren. Sie richteten an die AKW- Gegner die Bitte sich solidarisch mit ihnen zu verhalten und wo immer möglich, gemeinsame Protestaktionen durchzuführen. Kontakt: Thomas Luczak, 46 Do, Yorkstr. 11 Tel. 0231/ 82 04 13 oder "Komitee zur Unterstützung der Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse", Postlagerkarte 0928 10 A, Köln.

Wir werden über die weitere Entwicklung der Vorbereitung weiter informieren.

Mit dem nächsten Info werden dann Protokoll und Dokumente aus NRW abgedruckt. Dies hier geht nur in aller Eile an Euch.

Alles was ihr für wichtig findet um es im Info zu veröffentlichen schickt bitte umgehend an

Büro für Atomenergie Probleme
c/o Fachschaft Bauing 1A 115
Postfach Ruhruniversität
463 Bochum

Mit dem nächsten Info werden wir das Konto bekannt geben und wir hoffen Ihr zahlt dann reichlich ein.

Dieses Sonderinfo dürfte je nach Anzahl 20-25 Pf Kosten!

Ergänzungen aus dem Protokoll aus Hannover Umseitig der verabschiedete Aufruf Kontakt in NRW Bernd, Bochum 0234/ 1 66 47

Liebe Freunde!

Die BI-Oststadt/List hat noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine breite Unterstützung von anderen Städten zur Vorbereitung der Großaktion unbedingt erforderlich ist. Am Schluß des Treffens wurden 2 Vorbereitungsgruppen gebildet (Demo+Kongress/Arbeitstreffen). Da eine Unmenge Arbeit auf uns wartet fordern wir Euch dringend auf die Vorbereitungen aktiv mitzutragen.

Teilt bitte schnellstmöglich mit, wieviel Flugblätter und Plakate ihr jeweils benötigt und auf welchem Wege ihr sie erhalten könnt..

Kontaktadresse: Leider haben sich bisher einige Leute aus der Info-Gruppe Hannover es abgelehnt das Info-Büro für die Vorbereitungen des 10./11. zur Verfügung zu stellen. Deshalb haben wir provisorisch folgende Adresse: M. Kiper, Bödekerstr. 86, 3000 Hannover
Tel.: 0511/319182. Das Tel. ist Mo., Mi., Fr. von 18.00-20.00 besetzt.

Leider kam es auf dem Treffen nicht mehr zu einer neuerlichen Terminfestlegung für ein bundesweites Vorbereitungstreffen. Da wir glauben, daß ein solcher Termin einsichtig und absolut notwendig ist, laden wir Euch ein zum 20.5. nach Hannover: 10.00, Lister Turm, Walderseestr. 100. Ein anderer Termin war leider nicht zu finden, da am Sonntag eine Küstenkonferenz der BI's und am Samstag Nachmittag ein anderer Kongresstermin stattfindet

Mit atomfeindlichen Grüßen

eilt + eilt + eilt + eilt + eilt + eilt + eilt
letzte meldung: Die Bauern in Gorleben brauchen Eure Spontangruppe Protokoll ganz dringend und schnell die breite und solidarische Unterstützung der gesamten Anti-AKW-Bewegung in der BRD und über die Grenzen hinaus! - und zwar (schon) jetzt! - W A R U M ? - Die Betreiber (DWK) haben mit Unterstützung der Bundesregierung die ansässigen Bauern und Grundbesitzer, die sich zum "Interessenverein Naturpflege und Umweltschutz Gorleben" zusammengeschlossen haben, derartig eingeschüchtert, erpreßt und unter Druck gesetzt, daß quasi alle bis zum ultimativ gesetzten Verkaufstermin ² 02. Mai 1978, 24.00 Uhr) die Teile ihres Landes, das für das 12 km² große Gelände der WAA vorgesehen ist, verkauft haben.
Der DWK konnte dies nur gelingen, weil diese Bauern am Rande des Existenzminimums ihr Land bewirtschaften und allein niemals die angedrohten Enteignungsverfahren (bei ca. 30.000,-DM Prozeßkosten pro Landwirt) durchstehen können - und sie bisher noch nicht mit der breiten Unterstützung der Anti-AKW-Bewegung rechnen konnten! - Noch ist es nicht zu spät !!! - aber die Zeit drängt sehr !!! --- Bis zum 15. Juni 1978 können die Bauern noch von den erpreßten Verträgen zurücktreten. Damit sie sich aber zu diesem Schritt gemeinsam entschließen und die dann drohenden Enteignungsverfahren ohne eigene Existenzangst durchstehen können, brauchen sie unser aller massive moralische und vor allem materielle Unterstützung (harte DM) jetzt und sofort !!! D E S H A L B :

- 1) Schickt Solidaritätsbriefe mit Ankündigung von Unterstützung und Aufforderung zum Durchhalten stellvertretend für alle erpreßten Bauern an: Landwirt Otto Klaucke, 3131 Marleben Post Trebel, tel (05848) 468
- 2) Sammelt Geld und spendet selbst auf das Konto der BI Lüchow-Dannenberg Kreissparkasse Lüchow, Konto-Nr. 2060721, BLZ 25851436
Stichwort: "Gorleben soll leben - kein Land an die DWK"
- 3) Fordert detaillierte Informationen an bei: Bürgerinitiative Umweltschutz, 3000 Hannover 1, Königstr. 53, tel (0511) 18023 (Mo-Fr, 8-18h besetzt)
Bitte für Tonbandcassette, Druck- und Portokosten 3,-DM in Briefmarken beilegen!
- 4) 1. Möglichkeit für direkte Information und gemeinsame Organisation von Gegenmaßnahmen beim Pächtertreffen in Trebel ab Pfingstsamstag (13.5.)
Näheres bitte erfragen bei: Martin Mombaur, tel (05856) 249
gez. Joachim Steffen

GEGEN DIE VERURTEILUNG VON DEMONSTRANTEN GEGEN DAS ATOMKRAFTWERK GROHNDE HAT SICH BREITER PROTEST ERHOSEN.
SO ERKLÄRTEN ZAHLREICHE PERSÖNLICHKEITEN:

Erklärung zu den Grohnde-Prozessen

Am 17.4.1978 wurde gegen den ersten Angeklagten der Grohnde-Prozesse das Urteil gefällt: 13 Monate ohne Bewährung und im Anschluß eine Freiheitsstrafe von 9 Monaten aus anderer Sache, die zur Bewährung ausgesetzt war, aber „gleich mit“ widerrufen wurde – weil der Angeklagte in Grohnde demonstriert hat.

22 Monate also. Wie sagte Ministerpräsident Albrecht vor Beginn des Prozesses öffentlich? „*Unsere Gesetze reichen aus, diese Verbrecher angemessen zu bestrafen*“. So sieht politische Vorverurteilung aus.

Und so wurde denn der Atomgegner Gerhardt Schulz (weisungsgemäß?) für „schuldig“ befunden, am 19.3.1977 bei der Demonstration gegen das im Bau befindliche AKW Grohnde Bundesbahn und Polizei „genötigt“, sowie „Landfriedensbruch“ und „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ begangen zu haben. Ein Unrechtsurteil auf höchst zweifelhafter Beweisgrundlage im Gewande der Justizförmigkeit. Sein Kernsatz lautet: „*Entscheidend ist, daß der Angeklagte da war (bei der Demonstration). Das reicht schon für den Tatbestand des Landfriedensbruch aus.*“ Formal richtig: Aber: 30.000 Bürger, die als Gegner der tödlichen Energiepolitik der Regierung, die Atomenergie fordert, ohne zu wissen, was das eigentlich ist, in Grohnde demonstriert haben, wären allein wegen ihrer Teilnahme daran zu bestrafen. 13 von ihnen sind herausgegriffen und angeklagt, um ein Exempel zu statuieren, während die Staatsanwaltschaft bei 29.987 anderen Bürgern das Legalitätsprinzip verletzt hätte. 29.987 mal hat sie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Hat sie Angst vor der politischen Konsequenz ihres politischen Tun's? Das Gericht hat ein Widerstandsrecht nicht anerkannt, da dieses nur für die Verteidigung der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung gelte, die Demonstration sich aber gerade dagegen gerichtet habe. Die Staatsanwaltschaft wörtlich in der Hauptverhandlung: „*Und wenn die Welt untergänge (weil alle AKW's explodierten), gäbe es ein Widerstandsrecht nicht*“. Daß allerdings die freiheitlich demokratische Grundordnung verletzt wird, wenn Wirtschaft und Regierung aus gewinnwirtschaftlichen Gründen ein letztlich unbeherrschbares Lebensrisiko gegen den Willen weitester Kreise der Bevölkerung erzwingen wollen – davon wollten Staatsanwaltschaft und Gericht nichts hören, schon gar nicht darüber reden. Das Gericht erklärte sich übrigens als auch „unabhängig“ als objektiver Richter zwischen den Interessen der wirtschaftsorientierten Regierung und der dadurch gefährdeten Bürger. Beweis: das Gericht habe sich ja auch nicht den öffentlich erhobenen Forderungen der Anti-AKW-Bewegung und zahlreicher demokratischer Persönlichkeiten gebeugt, das Verfahren einzustellen.

Mit diesem Urteil ist ein bedrohliches Zeichen für die weitere Kriminalisierung und Verfolgung der Atomgegner durch den Staat gesetzt worden. 12 weitere Grohnde-Angeklagte müssen jetzt ebenfalls mit hohen Gefängnisstrafen rechnen, die ihre berufliche und persönliche Existenz allein wegen ihrer Gegnerschaft gegen atomare Anlagen gefährden.

Darüberhinaus wird durch dieses Urteil das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit regelrecht außer Kraft gesetzt, was für jeden Demokraten – egal gegen welchen Mißstand und gegen welches Unrecht er sich engagiert – ein Alarmsignal sein muß.

Die demokratische Diskussion wird zunehmend schwerer in einem Klima, in dem bereits Atomgegner als Staatsfeinde und Terroristen „im Namen des Volkes“ verurteilt werden. Als Demokraten fordern wir zum Protest und Widerstand gegen eine Entwicklung auf, die uns immer mehr an eine schreckliche Vergangenheit in unserem Land erinnert.

Die Konferenz von Bürgerinitiativen aus über 30 Städten und Orten vom 7.5.78 in Hannover ruft auf:

Protestieren wir gemeinsam am 10.6.78 in H A N N O V E R gegen die Grohnde-Prozesse

- unabhängig von der eigenen Stellung zur "Freiheitlichen demokratischen Grundordnung",
- unabhängig von den Vorstellungen über die Formen des Widerstandes,
- unabhängig von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit.

Am Wochenende den 10./11. Juni findet in Hannover ein Kongress/ Arbeitstreffen statt mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten:

- Atomenergieprogramm und Demokratie, - Anti-AKW-Bewegung und Gewerkschaften, - Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben, - Widerstandsformen

4. Urteil

NEUES TERRORURTEIL GEGEN AKW-GEGNER

1 JAHR HAFT FÜR HELMUTH OLDEST (ESO) AUS LÜCHOW

GERICHT VERZICHTET AUF DEN LETZTEN SCHEIN VON OBJEKTIVITÄT

GERICHTSZAAL GEHALTSAM GERÄUMT

Das Landgericht Hannover setzt seinen Beitrag zur Durchsetzung des Atomprogrammes fort. Nachdem die 12. Große Strafkammer Mitte April den Atomkraftgegner Gerd Schulz zu 13 Monaten Haft, die 2. Gr. Strafkammer Christiar Gehrke zu 11, die 3. Gr. Strafkammer Andreas Hanke zu 12 Monate n Haft-alle ohne Bewährung- verurteilt hatte, hat heute die 8. Gr. Strafkammer erneut die Atomkraftgegnerschaft mit einem Jahr Haft bestraft.

DER VORWURF :

Die Staatsanwaltschaft hatte Helmuth vorgeworfen, bei der Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk Grohnde mit einem Knüppel auf einen Polizeibeamten eingeschlagen zu haben. Beweise: 2 Polizisten. Ein weiteres angebliches Beweismittel- ein Foto, das Helmuth mit dem Knüppel zeigen sollte- widerlegte in Wirklichkeit die Anklage: der angeblich abgebildete Knüppel entpuppte sich als Seil. Der angeblich verletzte Polizeibeamte behauptete, von Helmuth am Kopf getroffen worden zu sein, obwohl er zuvor immer davon sprach, daß er alle Schläge mit seinem Schild habe abwehren können. Zu allem Überfluß behauptete er auch noch, daß Helmuth ihn in den Stiefel gebissen (!) habe. 'hrlich! Das alles war neben sonstigen Ungereimtheiten kein Grund, die Glaubwürdigkeit der Polizeiaussage anzuzweifeln. Und erst der 2. Belastungszeuge: dieser Polizist hatte sogar in den Akten radier*, um seine Aussage glaubwürdiger zu machen. Um seine Wahrnehmung zu bekräftigen hat er nachweisbar wahrheitswidrig behauptet, im gleichen Halbzug der Polizeihunderttschaft gewesen zu sein wie der angeblich verletzte Kollege.

Überflüssig zu betonen, daß die angebliche Tatwaffe nie gefunden wurde.

DAS URTEIL

Getreu dem Auftrag, den Ministerpräsident Albrecht den Gerichten gegeben hatte (" möglichst schnelle Aburteilung der Grohnde-Verbrecher") hat das Gericht alle Widersprüche glattgebügelt und "keinerlei Grund gesehen, an der Glaubwürdigkeit der Polizeibeamten zu zweifeln". Offensichtlich war es dem Gericht aber doch zu unangenehm, sein Urteil öffentlich zu verkünden. Die Verkündung begann, als noch lange nicht alle Zuschauer im Saal waren und auch die erschienenen wurden nach 1 Minute von Polizisten unter Knüppelinsatz hinausgedrängt. Dieses Gericht hat es nicht nötig, sein "im Namen des Volkes" gefälltes Urteil dem Volk bekanntzumachen. Offensichtlich genügt eine Meldung an den Innenminister: "Auftrag erledigt!" Dieses Urteil kann noch mit der Revision angefochten werden, deren Chancen aber eher negativ zu beurteilen sind. Es ist also damit zu rechnen, daß die jetzt verurteilten AKW-Gegner im Herbst ins Gefängnis müssen.

Wie gehts weiter

Es stehen noch 5 Prozesse aus. In dem Verfahren gegen R. Jörß wird demnächst die Urteilsverkündung stattfinden. Wir werden alle Verfahren breit bekannt machen, um die Öffentlichkeit zu zeigen, mit welchen Mitteln die Justiz Atomkraftgegner hinter Gittern bringen will und dies auch tut. Dann werden immer mehr Menschen sehen, daß diese Justiz nicht in unserem Namen sondern genauso gegen das Volk urteilt, wie die Regierungen schon lange gegen das Volk Atomkraftwerke bauen.

ES IST KRIMINELL ATOMKRAFTWERKE ZU BAUEN-NICHT SIE ZU VERHINDERN

SPENDET FÜR DIE ANGEKLAGTEN

- AUFRUF DER URTEILE